EXPOSÉ

zum vorläufigen Arbeitstitel:

„Von der „Argentinienkrise“ bis zur „Spanienkrise“: Ist der Schutz berechtigter Erwartungen von ausländischen Investoren auf eine stabile Gesetzeslage des Gaststaates abseits spezifischer Erklärungen noch vom FET Standard umfasst?“

Dissertationsfach:

Völkerrecht

Dissertant: Mag. iur. Markus Haibel

Matrn.: 0909265

markushaibel@hotmail.com

angestrebter akademischer Grad: Doktor der Rechtswissenschaften (Dr. iur.)

Betreuerin: Univ. -Prof. Mag. Dr. Ursula Kriebaum

Wien, am 28.02.2018

Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien

Inhaltsverzeichnis :

I. Umriss der zu behandelten Thematik…….. 3

II. Gegenwärtiger Stand der Judikatur und Lehre……5

A. Die frühere Entwicklung……. 5

B. Jüngste Entwicklung: Einschränkung durch engere Vertragstexte?.....10

C. Jüngste Entwicklung in der Schiedspraxis……...12

III. Forschungsfrage, Forschungsmittel und Relevanz der Arbeit……..16

IV. Literaturverzeichnis……. .18

V. Judikaturverzeichnis……....22

VI. Anhängige Verfahren…….....23

I. Umriss der zu behandelten Thematik:

Nach einer jüngst ergangenen Studie des IFW („*Institute for the World Economy*“) Kiel[1] hat sich abgezeichnet, dass nur etwa 27 % der seit 1987 erfassten Klagen ausländischer Investoren tatsächlich mit Erfolg gekrönt waren. Hierbei spielten Klagen, welche auf den „*Fair and Equitable Treatment („FET“)*“ Standard und insbesondere auf den „*Legitimate Expectations*“ des Investors fußten, die überwiegende Rolle[2].

Wenn man nun die Rechtsprechung der internationalen Schiedsgerichte hinsichtlich des Grundsatzes des FET im Zusammenhang mit dem Vertrauen des Investors auf ein stabiles gesetzliches Umfeld des Gaststaates betrachtet, so haben sich grob drei potential „vertrauenserzeugende“ Handlungsformen des Staates herauskristallisiert: (i) vertragliche Vereinbarungen zwischen Staat und Investor, (ii) spezifische Repräsentationen durch den Staat an den Investor und (iii) die Gesetzeslage als solche zum Zeitpunkt, an dem die Investition getätigt wurde[3].

Während die ersten zwei Handlungsformen oftmals berechtigte Erwartungen des Investors auf eine stabile Rechtslage generieren, ist dies bei der dritten „Handlungs“-form, nämlich der Gesetzeslage des Gaststaates selbst, nur unter gewissen Faktoren möglich, wobei sich hier in Rechtsprechung und Lehre bis dato kein einheitliches Bild abgezeichnet hat[4].

Aufgrund von Unsicherheiten hinsichtlich Investmentschutzklauseln empfahl die *United Nations Conference on Trade and Development* (UNCTAD) im Jahre 2012[5] zur Vermeidung von einer überbordenden Einschränkung des Gaststaates in seinen Regelungsbefugnissen, Ungenauigkeiten hinsichtlich der Verantwortung des Staates im Zusammenhang mit legitimen Erwartungen des Investors zu reduzieren, insbesondere durch Erstellung einer (abschließenden) Liste von Obliegenheiten des Staates.

---

[1] *Kiel Institute for the World Economy*, Kiel Working Paper: Streitschlichtung im Rahmen Internationaler Investitionsabkommen: Viel Lärm um (fast) nichts?, No. 2053 Oktober 2016, 9.

[2] *Dolzer,* Santa Clara Journal of International Law, 17.1.2014: Fair and Equitable Treatment: Today´s Contours, 17.

[3] *Hirsch*, Between Fair and Equitable Treatment and Stabilization Clause: Stable Legal Environment and Regulatory Change in International Investment Law, Research Paper No. 07.13 (2013), 2.

[4] *Henckels*, Protecting Regulatory Autonomy through Greater Precision in Investment Treaties: the TPP, CETA, and TTIP, JIntEconLaw (2016), 27 (38); *Hirsch*, Fair and Equitable Treatment and Stabilization Clause, 2.

[5] *United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD)*, World Investment Report 2012,139.

Das am 21. September 2017 vorläufig in Kraft getretene Freihandelsabkommen CETA[6] (*Comprehensive Economic and Trade Agreement)* zwischen der Europäischen Union und Kanada soll hier Klarheit verschaffen. Gleiches gilt für das Freihandelsabkommen TTIP[7] (*Translantic Trade and Investment Partnership Agreement*), welches momentan zwar auf „Eis gelegt" wurde, textlich jedoch hinsichtlich des FET Standards beinahe ident mit CETA ist. Obgleich das Investitionskapitel in CETA von der vorläufigen Anwendbarkeit ausgenommen wurde[8], herrscht in der Lehre größtenteils Einigkeit dahingehend, dass durch die umfangreiche Umschreibung des FET Standards sowie des Schutzes legitimer Erwartungen des Investors der Vertrauensschutz genauer feststellbar ist und Punkt (iii) der Auflistung, namentlich das Vertrauen des Investors auf eine stabile Rechtslage abseits ausdrücklicher Zusicherungen, nicht mehr vom Schutz des FET umfasst sein soll[9].

Jedoch auch abseits der vermeintlichen Einschränkung des Vertrauensschutzes durch die genannten Freihandelsabkommen zeichnet sich in Ansehung der jüngeren Schiedsgerichtspraxis sowie der Lehre das Bild ab, dass legitime Erwartungen von Investoren auf die geltende Rechtslage abseits ausdrücklicher Zusicherungen wie etwa spezifischer Erklärungen des Gaststaates allgemein nicht oder nur mehr sehr erschwert vom FET Standard umfasst sein sollen.

Diese Arbeit widmet sich somit der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen der Investor abseits von vertraglichen Zusicherungen oder spezifischen Erklärungen (noch) gegen den Staat aufgrund von nachteiligen Änderungen der Gesetzeslage mit Aussicht auf Erfolg vorgehen kann.

---

[6] EU-Canada Comprehensive Trade Agreement (CETA), veröffentlicht am 26.11.2014, abrufbar unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/september/tradoc_152806.pdf; *Steuer- und WirtschaftsKartei*, Heft 29, 10. Oktober 2017, 1241.

[7] EU- United States of America Translantic Trade and Partnership Agreement (TTIP), Entwurf, veröffentlicht am 31.7.2015, abrufbar unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/july/tradoc_153669.pdf.

[8] *Handelskammer Hamburg,* CETA- Protokoll über Ursprungsregeln und Ursprungsbestimmungen, abrufbar unter: https://www.hk24.de/produktmarken/beratung-service/international/export/wup/ceta-ursprung-regeln-bestimmungen/3632472.

[9] Siehe etwa: *Escher/Sliskovic*, Aktuelle Entwicklungen des Investitionsschutzrechts, RIW 2016, 190 (194); *Ernst*, „Fair and equitable treatment" im CETA – Innovation im Spannungsverhältnis zwischen Investor und Staat, KritV 2015, 406 (420); *Schill*, Auswirkungen der Bestimmungen zum Investitionsschutz und zu dem Investor-Staat-Schiedsverfahren im Entwurf des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA) auf den Handlungsspielraum des Gesetzsgebers (Kurzgutachten),14, abrufbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/C-D/ceta-gutachten-investitionsschutz.pdf?__blob=publicationFile&v=4.

II. GEGENWÄRTIGER STAND DER JUDIKATUR UND LEHRE:

A. Die frühere Entwicklung:

"The foreign investor expects the host State to act in a consistent manner, free from ambiguity and totally transparently in its relations with the foreign investor, so that it may know beforehand any and all rules and regulations that will govern its investments, as well as the goals of the relevant policies and administrative practices or directives, to be able to plan its investment and comply with such regulations. Any and all State actions conforming to such criteria should relate not only to the guidelines, directives or requirements issued, or the resolutions approved thereunder, but also to the goals underlying such regulations."[10]

Der obzitierte Auszug aus der Schiedsgerichtsentscheidung *Tecmed v. Mexico* aus dem Jahre 2003, mit welcher der Klage *Tecmed´s* gegen Mexico aufgrund der Verletzung von *Tecmed´s* berechtigten Erwartungen in Zusammenhang mit der Betreibung einer Sondermülldeponie und der Änderung der Regulierungen hinsichtlich des Umweltschutzes stattgegeben wurde, wurde vermehrt von internationalen Investitionsgerichten zur Beschreibung des die legitimen Erwartungen des Investors wahrenden Staates zitiert[11].

Dieser geforderte Standard des „ordentlichen Gaststaates" wurde in der Literatur und späteren Schiedspraxis wiederholt kritisiert, da er perfekte Regulierungen beschreibt, welche Staaten in der Realität kaum gewährleisten können[12].

---

[10] *Tecnicas Medioambientales TECMED S.A. v. United Mexican States*, ICSID Case No. ARB(AF)/00/2, Award, (29. Mai 2003), Rz 154.

[11] *Eureko B.V. v. Republic of Poland*, Partial Award (19. Aug. 2005), Rz 235; *Occidental Exploration and Production Co. v. Republic of Ecuador* (Final Award, 1. Juli 2004) LCIA Case UN 3467, Rz 185; *MTD Equity Sdn. Bhd and MTD Chile SA v. Republic of Chile* (Award, 25 May 2004) ICSID Case ARB/01/7, Rz. 114.

[12] *Douglas,* Nothing if not Critical for Investment Treat Methanex: Occidental, Eureko and Methanex, Arbitration International (2006), 27 (28); *Potesta***,** Legitimate Expectations in Investment Treaty Law: Understanding the Roots and the Limits of a Controversial Concept, ICSID Review, Vol. 28, N. 1 (2013), 88 (99f); *White Industries Australia Limited v. The Republic of India*, UNCITRAL, Final Award (30.Nov, 2011), Rz 10.3.5ff; *Saluka Investments. B.V. v. The Czech Republic*, Partial Award (17. März, 2006), Rz 302.

Auch hinsichtlich der Schiedsverfahren im Zuge der „Argentinienkrise“ in den frühen 2000er Jahren spielte der Schutz der legitimen Erwartungen des Investors auf eine stabile Gesetzeslage eine wesentliche Rolle und wurde dieser auch zum Teil beim Fehlen spezifischer Zusicherungen durch die Schiedsgerichte anerkannt[13].

In weiterer Folge hat sich in der Schiedspraxis und Lehre eine Einschränkung der in *Tecmed* sowie der „Argentinienkrise“ herausgearbeiteten Grundsätze entwickelt. So wurde vermehrt der Investor in Pflicht genommen, sorgfältig vorzugehen und wurde betont, dass sich dieser der Veränderlichkeit der Rechtslage des Gaststaates gewahr sein muss[14]. So sprach das Schiedsgericht in *El Paso v. Argentina*[15] bewusst von einem Judikaturwandel:

“if the often repeated formula to the effect that “the stability of the legal and business framework is an essential element of fair and equitable treatment” were true, legislation could never be changed: the mere enunciation of that proposition shows its irrelevance. Such a standard of behaviour, if strictly applied, is not realistic, nor is it the BITs’ purpose that States guarantee that the economic and legal conditions in which investments take place will remain unaltered ad infinitum.” [...] “In other words, the Tribunal cannot follow the line of cases in which fair and equitable treatment was viewed as implying the stability of the legal and business framework. Economic and legal life is by nature evolutionary.”

Es verstärkt sich allgemein die Tendenz, generellen legislativen Äußerungen nur noch einen sehr begrenzten Vertrauensschutz zuzusprechen. *Snodgrass*[16] fordert hier das Vorliegen eines individuell und konkret an den Investor gerichteten Akts des Staates als Limitierung des Schutzes der berechtigten Erwartungen.

---

[13] *CMS Gas Transmission Company v. The Republic of Argentina*, ICSID Case No. ARB/01/8, Award, (12. Mai, 2005), Rz 268, 274; *Enron Corporation and Ponderosa Assets v. The Argentine Republic*, ICSID Case No. ARB/01/3, Award (15. Mai 2007), Rz 251-268; *LG&E Energy Corp., LG&E Capital Corp., and LG&E International, Inc .v. Argentine Republic*, ICSID Case No. ARB/02/1, Decision on Liability (3. Okt. 2006), Rz 125-131.

[14] *Continental Casualty Company v. The Argentine Republic,* ICSID Case No. ARB/03/9, Award (5.Sep. 2008), Rz 261; *Saluka Investments. B.V. v. The Czech Republic*, Partial Award (17. März 2006), Rz 332.

[15] *El Paso Energy International Company v. The Argentine Republic*, ICSID Case No. ARB/03/15 (31.Okt. 2011), Rz 350, 352.

[16] *Snodgrass*, Protecting Investors` Legitimate Expectations - Recognizing and Delimiting a General Principle, 21 ICSID Review – FILJ 1 (2006), 39.

Allgemein wird zunehmend die Ansicht vertreten, dass rein wirtschaftliche Erwartungen des Investors im Anbetracht auf eine stabile Rechtslage nicht mehr schützenswert sind[17]. Auch verbreitet sich verstärkt die Ansicht, dass legitime Erwartungen hinsichtlich einer stabilen Gesetzeslage nur durch spezifische Repräsentationen des Staates oder sog. *Stabilization Clauses* erzeugt werden können[18]. Das Schiedsgericht in *AES v. Hungary*[19] hat hierzu treffend ausgeführt: „*The framework (..) is not a stability clause*".

Nach einer Theorie *Schill´s*[20] gilt es zu untersuchen, ob der Gaststaat vorsätzlich ein Vertrauen des Investors auf die stabile Rechtslage erzeugt hat.

Dolzer/Schreuer[21] sowie *Salacuse*[22] zählen zu den vereinzelten Autoren, welche sich für eine grundsätzliche Richtigkeit der Entscheidungen „erster Stunde" hinsichtlich der Pflicht des Staates, dem Investor eine stabile Rechtslage zu gewähren, aussprechen. *Dolzer*[23] betont dies u.a. damit, dass der Investor in BITs schützenswerter sei als der Staat. *Vandervelde*[24] erblickt in der bisherigen Rechtsprechung die Verpflichtung des Staates, hinsichtlich der geltenden Gesetzeslage konsistent zu handeln.

In der jüngeren Schiedsgerichtspraxis wurde eine Verhältnismäßigkeitsabwägung dahingehend herausgearbeitet, dass die berechtigten Erwartungen des Investors auf die geltende Rechtslage abseits spezifischer Erklärungen nur dann geschützt werden sollen, wenn die Auswirkungen einer Veränderung für den Investor in einem deutlichen Missverhältnis zu dem mit der Regelung verfolgten öffentlichen Zweck stehen[25].

---

[17] *Paparinskis,* The International Minimum Standard and Fair and Equitable Treatment (2013*),* 258.

[18] Siehe etwa: *Newcombe/Paradell,* Law and Practice of Investment Treaties (2009), 280; *Mclachlan/Shore/Weininger*, International Investment Arbitration: Substantive Principles (2007), 237.

[19] *AES Summit Generation Limited and AES-Tisza Erömü Kft v. The Republic of Hungary*, ICSID Case No. ARB/07/22, Award (23. Sep. 2010), Rz 9.3.29.

[20] *Schill,* Fair and Equitable Treatment, a Rule of Law, and Comparative Public Law (2010), 175.

[21] *Dolzer/Schreuer,* Principles of International Law, Oxford University Press (2008)*,* 145.

[22] *Salacuse*, the Law of Investment Treaties (2010), 231.

[23] *Dolzer,* Fair and Equitable Treatment: Today´s Contours, 28.

[24] *Vandevelde* beschreibt dies als "*principle of consistency*" siehe**:** A Unified Theory of Fair and Equitable Treatment, New York University of International Law and Politics (JILP), Vol.43, N. 1, (2010), 43 (66).

[25] *Total S.A. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/04/01, Decision on Liability, (21. Dezember 2010), Rz 123.

Jedoch auch die postulierte Verhältnismäßigkeitsprüfung wird nicht unkritisch betrachtet. So betont etwa *Muchlinski*[26] unter Bezugnahme auf die Entscheidung *Methanex v. USA,* dass selbst eine Gesetzesänderung, welche sich wider der Interessenslage des Investors auswirkt, nicht vom Vertrauensschutz umfasst sein soll, da sich der Investor der Veränderlichkeit der Gesetzeslage bewusst sein muss.

Dass solch eine Interessensabwägung durchzuführen sei, wurde auch durch *Hölken*[27] hinterfragt. Dieser betont, unter Verweis auf die herkömmlichen Enteignungsbestimmungen in Investorschutzabkommen sowie dem fremdenrechtlichen Mindeststandard, welche dem Staat die Enteignung durch regulative Beschränkung außer im Falle der unrechtmäßigen, entschädigungslosen Enteignung gestatten, dass der Investor nicht darauf vertrauen darf, dass der Staat von seinem Recht zur regulativen Beeinträchtigung von Vermögenswerten nicht Gebrauch machen würde. In Anbetracht dessen lehnt *Hölken* die Umformulierung der Tatsachenfrage der berechtigten Erwartungen des Investors zu einer Abwägungsfrage mit den Regelungsinteressen des Gaststaates ab, da dem Investor die Freiheit des Staates bewusst sein muss und den Staaten bei Regulierungen grundsätzlich eine weite Einschätzungsprärogative zukommt. Sohin wäre das Vertrauen des Investors nur bei Regierung *mala fides* oder bei einer ausdrücklichen Zusicherung geschützt und stellt eine staatliche Regulierung ansonsten keine Verletzung der legitimen Erwartungen des Investors dar.

Als problematisch wird überdies angesehen, dass diese Interessensabwägung nicht der Abwägung von Interessen herkömmlicher Vertragspartner gleichkommt, da die Interessen des Staates an der Ausübung seiner legislativen Gestaltungsmacht von Überlegungen getragen werden, welche vollkommen losgelöst von der vertraglichen Vereinbarung des Investitionsvertrages zu sehen sind. Überdies wird dadurch eine Gruppe von Schiedsrichtern zu den Richtern der Gesetzespolitik des jeweiligen Staates[28].

---

[26] *Muchlinski,* Caveat Investor? The Relevance of the Conduct of the Investor under the Fair and Equitable Treatment Standard, The International and Comparative Law Quarterly Vol. 55, N. 3 (2006), 527 (551f).

[27] *Hölken,* Legitime Regulierung durch den Staat im Konflikt mit dem Investorenschutz, KSzW 2/2011, 183 (190f).

[28] *Fornasari*, The Protection of Legitimate Expectations under the Fair and Equitable Treatment Standard, 12. Mai 2015, KSLR Commercial & Financial Law Blog, abrufbar unter: https://blogs.kcl.ac.uk/kslrcommerciallawblog/2015/05/12/the-protection-of-legitimate-expectations-under-the-fair-and-equitable-standard/.

Es zeichnet sich immer mehr die Tendenz ab, Änderungen der Rechtslage in bestimmten Materien aufgrund der Sorgfaltspflicht des Investors nicht mehr vom Vertrauensschutz zu umfassen. So wurde in Bezugnahme auf das erklärte Ziel der Bekämpfung von Steuerersparnismöglichkeiten beim G8 Gipfel im Jahre 2013 die Forderung geäußert, Änderungen im Bereich des Steuerwesens generell vom Schutz legitimer Erwartungen auszunehmen, da eine Investition als zweiseitige Angelegenheit anzusehen sei und es dem Investor sohin klar sein müsse, dass sich der Gaststaat aus dem Investitionsverhältnis wirtschaftlichen Aufschwung erwartet, weswegen Änderungen an „Steuerschlupflöchern" nicht vom Vertrauensschutz umfasst sein sollen[29]. Hervorgreifend ist hier darauf hinzuweisen, dass korrespondierend mit dieser Forderung in Art. 28.7 CETA im Steuerwesen bestimmte Regelungsgebiete wie etwa solche zur Bekämpfung der Steuervermeidung ausdrücklich von den Pflichten des Abkommens ausgenommen werden und sich der Investor hier bei Gesetzesänderungen wohl nicht mehr auf den FET Standard berufen kann.

In der jüngst ergangenen Entscheidung *Phillip Morris v. Uruguay*[30] nimmt das Gericht auf diese Sorgfaltspflicht Bezug und betont, dass es einem Investor klar sein sollte, dass hinsichtlich Tabakwaren aufgrund der damit verbundenen gesundheitlichen Auswirkungen mit einer nachteiligen Änderung der Gesetzeslage zu rechnen sei und allgemein mit Gesetzesänderungen in die Gesundheit tangierenden Bereichen stets zu rechnen sei.

Als Zwischenergebens des Forschungsstandes zeichnet sich somit eine Tendenz hinsichtlich eines nur mehr sehr eingeschränkten Vertrauensschutzes auf die geltende Rechtslage abseits spezifischer Zusicherungen ab. So wird in Teilen der Judikatur und Lehre die Ansicht vertreten, dass nur noch bei willkürlicher, gegen das öffentliche Interesse durchgeführter Gesetzesänderung[31] bzw. bei endlos stattfindenden Gesetzesänderungen (sog: „*roller-coaster effect*") eine Klage des Investors abseits spezifischer Erklärungen erfolgsversprechend sei[32].

---

[29] *Hodu*, A Critique of the Legitimate Expectations Doctrine in Investment Treaty Arbitration, 16. Sep. 2013, EJIL: Talk! Blog of the European Journal of International Law, abrufbar unter: https://www.ejiltalk.org/a-critique-of-the-legitimate-expectations-doctrine-in-investment-treaty-arbitration/.

[30] *Philip Morris Brands Sàrl, Philip Morris Products S.A. and Abal Hermanos S.A. v. Oriental Republic of* Uruguay, Award (8. Jul. 2016), Rz 429.

[31] *Hirsch*, Fair and Equitable Treatment and Stabilization, 18.

[32] *PSEG Global, Inc., The North American Coal Corporation, and Konya Ingin Electrik Üretim ve Ticaret Limited Sirketi v. Republic of Turkey*, 19. Jän. 2007, Award, Rz 250.

B. Jüngste Entwicklung: Einschränkung durch engere Vertragstexte?

Die jüngsten Entwicklungen in diesem Sektor scheinen die Tendenz der Abschaffung eines Vertrauensschutzes des Investors auf eine stabile Rechtslage abseits ausdrücklicher Zusicherungen zu verstärken.

Dies zeichnet sich etwa durch die bereits angesprochenen Freihandelsabkommen CETA und TTIP ab. So wird am Beginn des Investitionsschutzkapitels beider Freihandelsabkommen (Art 8.9. Abs 2 CETA bzw. Art 2 Abs. 1 TTIP) beinahe wortgleich festgehalten, dass durch die in diesem Kapitel festgehaltenen Verpflichtungen des „*Fair and Equitable Treatment*" das „*right to regulate*" des Staates nicht berührt wird. Obgleich der normative Regelungsgehalt dieser Vorgabe nicht eindeutig geklärt ist, wird die Ansicht vertreten, dass Klagen des Investors gegen regulatorische Maßnahmen des Gaststaates abseits spezifischer Zusicherungen u.a. dadurch nicht mehr erfolgreich durchsetzbar sind[33].

Diese Ansicht wird insbesondere dadurch verstärkt, dass nach den Vorgaben der Freihandelsabkommen die „*legitimate expectations*" des Investors gemäß Art 8.10 Abs 4 CETA bzw. Art 3 Abs 4 TTIP nur noch bei einer spezifischen Erklärung („*specific representation*") des Gaststaates geschützt sein sollen[34]. Diese spezifische Erklärung soll inhaltlich der durch die Schiedspraxis bereits herausgearbeiteten Erfordernis der speziellen Erklärung gleichkommen. Ein Vertrauen auf eine stabile Rechtslage, abseits von spezifischen Erklärungen, soll somit nach CETA/TTIP nicht mehr schützenswert sein[35]. Diese Ansicht wird auch von der europäischen Kommission vertreten[36].

---

[33] *Deutscher Bundestag*, Unterabteilung Europa, Fachbereich Europa, Verhältnis des *right to regulate* zum Investitionsschutz, Ausarbeitung, PE 6 – 3000 - 97/16, 20, abrufbar unter: https://www.bundestag.de/blob/475734/072ba0cdc77b251530f989622f55c421/pe-6-097-16-pdf-data.pdf; aA: *Escher/Sliskovic*, Investitionsschutzrecht, 196; Vergleiche hiezu die konträre Regelung in Art 10 Abs 1 ECT: S. 13f.

[34] Hierzu heißt es in beiden Abkommen wortgleich: "*When applying the above fair and equitable treatment obligation, a Tribunal may take into account whether a Party made a specific representation to an investor to induce a covered investment, that created a legitimate expectation, and upon which the investor relied in deciding to make or maintain the covered investment, but that the Party subsequently frustrated*".

[35] *Ernst*, Fair and Equitable Treatment, 420.

[36] *Commission*, Factsheet on Investment Protection in CETA, 2, abrufbar unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/november/tradoc_151918.pdf.

Fraglich ist somit, ob hier in der textlichen Gestaltung eine Beschränkung des Investorenschutzes auf eine stabile Rechtslage im Vergleich zum „vagen“ FET Standard herkömmlicher BITs und multinationaler Abkommen wie NAFTA oder ECT zu erblicken ist.

So wurde hinsichtlich der „spezifischen Erklärung“ im „klassischen“ FET Standard nach Art 10 Abs 1 Energy Charta Treaty durch das Schiedsgericht in der jüngst ergangenen Entscheidung *Charanne v. Spain*[37] ausdrücklich festgehalten, dass die Rechtslage selbst keine spezifische Erklärung darstellt, auch wenn regulatorische Maßnahmen nur auf einen begrenzten Personenkreis abzielen, zu welchem der Investor zählt. Im Einzelfall ist die Abwägung wohl schwierig, insbesondere wenn eine Bestimmung Begünstigungen wie etwa Steuervorteile für eine bestimmte Investitionsart vorsieht, wie *Kriebaum*[38] aufgezeigt hat.

Nach der Auffassung *Schill´s*[39] stellt die von der Schiedsgerichtsbarkeit herausgearbeitete Verhältnismäßigkeitsprüfung den signifikanten Unterschied zu CETA/TTIP und der bisherigen Investitionsschiedsgerichtsbarkeit dar. Nach *Schill* liege die Einschränkung des Schutzstandards durch diese Freihandelsabkommen u.a. darin, dass die ansonsten durchzuführende Verhältnismäßigkeitsabwägung im Sinne des Gemeinwohls des Staates bei CETA/TTIP wegfalle und bei sonstigen Investitionsschutzabkommen nicht das „Ob“, sondern lediglich das „Wie“ einer Änderung der Gesetzeslage durch Schiedsgerichte zu prüfen sei. Dass diese Verhältnismäßigkeitsprüfung zu hinterfragen ist, wurde bereits weiter oben gezeigt.

Krajewski[40] äußert in einer Stellungnahme zum Gutachten von *Schill*, dass auch unter dem Regelungsregime der neuen Freihandelsabkommen Investoren weiterhin der Klagsweg gegen Änderung der Gesetzeslage auch ohne ausdrückliche Zusicherung des Gaststaates offen stünden.

---

[37] *Charanne and Construction Investments v. Spain*, Award, (21.Jän.2016), Rz 492 f.

[38] *Kriebaum*, FET and Expropiration in the (Invisible) EU Model BIT, The Journal of World Investment & Trade 2014, 454 (478).

[39] *Schill*, Kurzgutachten CETA, 12.

[40] *Krajewski*, Anmerkung zum Gutachten von Dr. Stephan Schill zu den Auswirkungen der Bestimmungen zum Investitionsschutz und zu den Investor-Staat-Schiedsverfahren im Entwurf CETA auf den Handlungsspielraum des Gesetzsgebers vom 22.9.2014, abrufbar unter: https://www.gruenebundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/EU-USA_Freihandelsabkommen/Thesenpapier_Klageprivilegien_in_CETA.PDF.

Zu bemängeln sei hier insbesondere, dass, im Gegensatz zum Vertrauensschutz etwa nach der Rechtslage in Deutschland, es in der schiedsgerichtlichen Praxis lediglich eine geringere bzw. keine Rolle spiele, ob eine staatliche Maßnahme, die einen Vertrauensschutztatbestand begründet, von der zuständigen Stelle abgegeben worden sei. Sichert eine offensichtlich unzuständige Behörde dem Investor ein bestimmtes Verhalten (einer anderen Behörde) zu, begründe dies innerstaatlich regelmäßig keinen Vertrauensschutz. In der investitionsrechtlichen Schiedspraxis werde hierauf jedoch oft keine Rücksicht genommen.

Würde sich diese Forderung in der Schiedspraxis etablieren, so wären spezifische Erklärungen von unzuständigen Behörden nicht als solche zu erfassen und stünde dem Investor trotz spezifischer Zusicherung des Staates (von der unzuständigen Behörde) bloß die Berufung auf die nachteilige Veränderung der Gesetzeslage als solche zu.

Obgleich einige Punkte strittig sind, lässt die Textierung von CETA/TTIP wohl darauf schließen, dass eine stabile Gesetzeslage abseits spezifischer Zusicherungen des Gaststaates nicht mehr vom Vertrauensschutz des Investors umfasst werden soll. Da diese Abkommen größtenteils nur im Kontext der bisherigen Schiedspraxis gelesen und interpretiert werden können, stellt sich die Frage, inwiefern solch ein Vertrauensschutz auf die stabile Rechtslage durch den „vagen“ FET Standard anderer Investitionsschutzabkommen noch umfasst ist bzw. inwiefern die einschränkende Normierung des FET Standards in CETA/TTIP Einfluss auf die Schiedspraxis unter anderen Investitionsabkommen haben wird.

C) Jüngste Entwicklung in der Schiedspraxis:

Neben der Textierung des FET Standards in den thematisierten Freihandelsabkommen könnte eine aktuelle Schiedsverfahrensreihe unter dem Energy Charta Treaty (ECT), wessen Art 10 Abs 1 den herkömmlichen „vagen“ FET Standard beinhaltet[41], Aufschluss über die im Zuge dieser Arbeit zu klärende Frage liefern.

[41] In Art 10 Abs 1, 2 Satz ECT wird der FET Standard wie folgt normiert: “*Such conditions shall include a commitment to accord at all times to Investments of Investors of other Contracting Parties fair and equitable treatment*”.

Es handelt sich hierbei um eine im Zuge von regulatorischen Maßnahmen im Sektor der erneuerbaren Energien in Spanien und Italien ergangene Entscheidungsreihe, welche aufgrund Divergenzen in den einzelnen Entscheidungen sowie der Anzahl an Verfahren von Kommentatoren mit der „Argentinienkrise“ der 2000er Jahre verglichen wird[42].

Namentlich betriff dies insbesondere die Entscheidungen *Charanne v. Spain*, *Isolux v. Spain*, *Eiser v. Spain*, *Blusun v. Italy* sowie das momentan noch anhängige Verfahren *Eskosol v. Italy*[43]. Sämtlichen Verfahren liegt ein vergleichbarer Sachverhalt zugrunde, nämlich die Änderung der Gesetzeslage im Sektor der erneuerbaren Energien, welche sich nachteilhaft für die jeweiligen Investoren ausgewirkt hat. In den Verfahren werden die Klagen der Investoren u.a. auf die Änderung der Gesetzeslage abseits spezifischer Erklärungen gestützt. Hervorzuheben ist hier zunächst, dass trotz beinahe identem Sachverhalt keine Einheitlichkeit in den Verfahren vorliegt. Einzig in *Eiser v. Spain* konnte der Investor bis dato durchdringen, wobei das Gericht hier betont hat, dass die regulatorischen Änderungen weitaus dramatischere Effekte auf den Investor zeitigten und eine weitaus drastischere Änderungen des Gesetzeswerks als etwa in *Charanne v. Spain* gegeben war[44]. Interessant ist hier, dass das Gericht in *Eiser v. Spain* aufgrund der Anordnung des ersten Satzes in Art 10 Abs 1 ECT, welche lautet: “*Each Contracting Party shall, in accordance with the provisions of this Treaty, encourage and create* stable*, equitable, favourable and transparent conditions for Investors of other Contracting Parties to make Investments in its Area”* gleich dem Gericht in *Charanne v. Spain* die darin enthaltene Verpflichtung zur Gewährung von stabilen Konditionen hinsichtlich der Gesetzeslage als Teil der FET Bestimmung im Satz 2 des Art 10 Abs ECT ansieht.

---

[42] *Dimitrov*, Legitimate Expectations in the Absence of Specific Commitments According to the Findings in Blusun v. Italy: Is there Inconsistency Among the Tribunals in the Solar Energy Cases ?, Kluwer Arbitration Blog, 18. Aug. 2017, abrufbar unter: http://arbitrationblog.kluwerarbitration.com/2017/08/18/legitimate-expectations-absence-specific-commitments-according-findings-blusun-v-italy-inconsistency-among-tribunals-solar-energy-cases/; *Pereira de Souza Fleury*, Eiser Infrastructure v. Spain: Could the tide be turning in favor of photovoltaic foreign investor in Spain?, Kluwer Arbitration Blog, 20.6.2017, abrufbar unter: http://arbitrationblog.kluwerarbitration.com/2017/06/20/eiser-infrastructure-v-spain-tide-turning-favor-photovoltaic-foreign-investors-spain/.

[43] *Charanne and Construction Investments v. Spain*, SCC Case No. V 062/2012, Award, (21.Jän.2016); *Isolux Netherlands, BV v. Kingdom of Spain*, SCC Case V2013/153, Final Award, (17. Jul. 2016), *Eiser Infrastructure Limited and Energía Solar Luxembourg S.à r.l. v. Kingdom of* Spain, ICSID Case No. ARB/13/36, Final Award, (4.Mai 2017); *Blusun S.A., Jean-Pierre Lecorcier and Michael Stein v. Italian Republic*, ICSID Case No. ARB/14/3, Final Award, 27. Dez. 2016; *Eskosol S.p.A. in liquidazione v. Italian Republic*, ICSID Case No. ARB/15/50.

[44] *Eiser v. Spain*, Rz 362ff.

In *Blusun v. Italy* ist das Schiedsgericht dieser Ansicht nicht gefolgt und wurde dort verneint, dass die Anforderungen des Satz 1 Teil des FET Standards nach Satz 2 bilden[45]. Fraglich ist, ob diese Auslegung zu einer Bestärkung des Vertrauensschutzes auf eine stabile Rechtslage abseits spezifischer Erklärungen bei dem doch sehr prominent FET Standard unter dem ECT führt, wie dies von Kommentatoren vertreten wird[46]. Es ist hier auf die gegenteilige Manifestierung des „*right to regulate*" des Staates im Vorfeld der Normierung des FET Standards in CETA/TTIP zu verweisen und stell sich die Frage nach dem rechtlichen Gehalt solcher, der eigentlichen Normierung des FET Standards vorgelagerter Vertragsbestimmungen.

Während das Schiedsgericht in *Charanne v. Spain* noch festhält, dass ein Vertrauensschutz auf die geltende Rechtslage in der Abstinenz von individuellen Zusicherungen nur noch bei einer strengen Interessensabwägung unter Anbetracht der öffentlichen Interessen des Gaststaates sowie der Nachvollziehbarkeit der Gesetzesänderung zu beachten sein könne[47], widerspricht das Gericht in *Blusun v. Italy* größtenteils ausdrücklich diesem Ergebnis und betont, dass eine Interessensabwägung hinsichtlich der Frage, ob eine Gesetzesänderung im öffentlichen Interesse durchgeführt worden sei, alleine dem Staat vorbehalten sei und ein Schiedsgericht dies nicht zu beurteilen vermag. Auch die Nachvollziehbarkeit einer Gesetzesänderung könne von einem Schiedsgericht nicht beurteilt werden[48]. Sohin erfährt die mehrfach postulierte Verhältnismäßigkeitsprüfung durch diese Entscheidung erhebliche Einschränkungen und wird dies auch von Kommentatoren begrüßt[49].

Schiedsrichter *Tawil*[50] schließt sich in seiner abweichenden Meinung zur Entscheidung *Charanne v. Spain* hinsichtlich der Beurteilung der Frage, ob berechtigte Erwartungen auf eine stabile Gesetzeslage auch abseits spezifischer Zusicherungen geben sein können, jedoch nicht der Ansicht der Mehrheit seiner Kollegen an.

---

[45] *Eiser v. Spain*, Rz 374 ff; *Charanne v. Spain*, 476ff; *Blusun v. Italy*, 313ff.

[46] *Reuter*, Retroactive Reduction of Support for Renewable Energy and Investment Treaty Protection from the Perspective of Shareholders and Lenders, OGEL 3 (2015).

[47] *Charanne v. Spain,* Rz 514.

[48] *Blusun v. Italy*, Rz 318.

[49] *Dimitrov*, Legitimate Expectations in the Absence of Specific Commitments, Kluwer Arbitration Blog, 18. Aug. 2017.

[50] *Charanne v. Spain,* Guido Santiago Tawil´s Partial Dissenting Opinion, Rz 3ff.

Nach *Tawil,* welcher sich unter anderem auf die Entscheidung *Total v. Argentina* sowie Meinungen in der Lehre beruft, sei es zu hinterfragen, ob ein Investor objektiv auf die Stabilität der Rechtslage vertrauen konnte und könne diesfalls einer Veränderung der Gesetzeslage auch in Abwesenheit spezifischer Erklärungen und ohne Verhältnismäßigkeitsabwägung zu einer Verletzung der berechtigten Erwartungen des Investors führen[51]. Dies begründet *Tawil* überdies formaljuristisch damit, dass der Staat in seiner regulatorischen Freiheit durch diesen Vertrauensschutz keinesfalls eingeschränkt wird und auch stets zur Änderung der Gesetzeslage berechtigt sei, dem Investor jedoch im Gegenzug den entstandenen Schaden durch die Gesetzesänderung zu ersetzen habe[52].

Als Zwischenergebnis lässt somit der Forschungsstand hinsichtlich der Frage, wann das Vertrauen des Investors auf die stabile Rechtslage abseits ausdrücklicher Zusicherungen (noch) vom FET Standard umfasst ist, viele Punkte offen. Während der ursprünglich gewählte Maßstab der Schiedsgerichte Anfang der 2000er Jahre, allen Voraus *Tecmed,* mittlerweile wohl deutlich zugunsten des Staates abgeschwächte wurde, ist eine einheitliche Beantwortung dieser Frage aufgrund voneinander abweichender Schiedspraxis sowie divergierenden Lehrmeinungen wohl ohne eindringliche Untersuchung nicht möglich.

---

[51] *Charanne v. Spain,* Guido Santiago Tawil´s Partial Dissenting Opinion, Rz 4ff.

[52] *Charanne v. Spain,* Guido Santiago Tawil´s Partial Dissenting Opinion, Rz 11; Auch *Schill* zeigt in seinem Gutachten hinsichtlich CETA auf, dass der Staat nicht von der Änderung der Gesetzeslage durch Investorenschutzabkommen abgehalten werden kann, sondern durch den Staat „höchstens“ eine Geldzahlung zu leisten sei und somit jedenfalls (formaljuristisch) ein unbeschränkbares *right to regulate* des Gaststaates gegeben sei. Siehe: *Schill*, Kurzgutachten CETA, 27.

III. FORSCHUNGSFRAGEN, FORSCHUNGSMITTEL UND RELEVANZ DER ARBEIT

Die Forschungsfragen dieser Arbeit lauten somit wie folgt:

- Ist das Vertrauen des Investors auf eine stabile Rechtslage des Gaststaates abseits von ausdrücklichen Zusicherungen noch vom FET Standard umfasst? Falls ja, unter welchen Voraussetzungen wird ein Investor aufgrund nachteilig veränderter Rechtslage abseits ausdrücklicher Zusicherungen noch erfolgsversprechend gegen den Gaststaat im Klagsweg vorgehen können? Sind diese noch vorhandenen Möglichkeiten in Ansehung der bisherigen Schiedspraxis auch von praktischem Nutzen für den Investor oder von rein theoretischer Natur?

- Wie lässt sich diese Frage durch die Konkretisierung des FET Standards in jüngeren Freihandelsabkommen wie z.B. CETA, TTIP oder EU-Singapur FTA beurteilen? Liegt hier eine Verknüpfung mit der bisherigen Schiedspraxis vor? Wird der Schutz legitimer Erwartungen abseits spezifischer Zusicherungen auch nach dem „vagen" FET Standard der meisten BITs und multilateralen Abkommen mittlerweile durch die Schiedspraxis und Lehre gleich eng ausgelegt wie in den Vorgaben von CETA/TTIP ?

Forschungsmittel der Dissertation wird vorrangig die umfassende Untersuchung der zu dieser Problematik ergangenen Schiedsgerichtsentscheidungen sowie Lehrmeinungen sein, um so mögliche einheitliche Grundsätze und Lösungen herausarbeiten zu können. Es werden daher aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich, insbesondere anhängige Entscheidungen wie etwa *Vattenfall v. Germany*, *RWE Innogy GmbH v. Spain* und *Eskosol vs. Italy*, mitverfolgt und in die Dissertation eingebaut.

Die Relevanz der Arbeit ergibt sich insbesondere daraus, dass eine umfassende Ausarbeitung der Frage, wann das Vertrauen des Investors auf eine stabile Rechtslage abseits spezifischer Zusicherungen des Gaststaates (noch) geschützt wird, überwiegend als Randphänomen in Aufsätzen behandelt wurde und hinsichtlich des tatsächlichen Umfangs des Vertrauensschutzes des Investors sehr divergierend beantwortet wurde. Insbesondere fehlt eine Untersuchung dieser Frage unter Verknüpfung des Regelungsgehalts der aktuellen Freihandelsabkommen mit dem bisherigen „vagen" FET Standard sowie der neusten Judikatur unter dem ECT. Durch die jüngst unter dem ECT ergangene Entscheidungsreihe zeigt sich die praktische Relevanz der Behandlung dieser Frage, da die überwiegende Anzahl der Klagen auf eine Änderung der Gesetzeslage abseits

ausdrücklicher Zusicherungen gestützt wurde und diese Klagen durch die Schiedsgerichte mit zum Teil großen Abweichungen beurteilt wurden.

IV. LITERATURVERZEICHNIS:

Asqaril, Investor´s Legitimate Expectations and the Interests of the Host State in Foreign Investment, Asian Economic and Financial Review, 2014, 4(12), 1906

Angelet, Fair and Equitable Treatment in R. Wolfrum (Hrsg.), Max Planck Encyclopaedia of Public International Law (2012)

Araujo, The EU-Deep Trade Agenda: Law and Policy (2016)

Bernasconi-Osterwalder/Mann, A Response to the European Comission`s December 2013 Document "Investment Provisions in the EU-Canada Free Trade Agreement (CETA), IISD Report (2014), 7, abrufbar unter: http://www.iisd.org/pdf/2014/reponse_eu_ceta.pdf

Boone Barrera, The Case for Removing the Fair and Equitable Treatment Standard from NAFTA, CIGI Paper No. 128 (2017)

Börner, Simply Truths on the Right to Regulate and the Duty to Pay, SchiedsVZ (2017), 2

Butler/Subedi, The Future of International Investment Regulation: Towards a World Investment Organisation ?, Neth. Int. Law Rev.(2017), 43, abrufbar unter: http://eprints.whiterose.ac.uk/112454/9/art%253A10.1007%252Fs40802-017-0082-5.pdf

Choudhury, Evolution or Devolution: Defining Fair and Equitable Treatment in International Investment Law, Journal of World Investment & Trade, Vol. 6 (2005) 297

Commission, Factsheet on Investment Protection in CETA, 2, abrufbar unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/november/tradoc_151918.pdf

Deutscher Bundestag, Unterabteilung Europa, Fachbereich Europa, Verhältnis des *right to regulate* zum Investitionsschutz, Ausarbeitung, PE 6 – 3000 - 97/16, 20, abrufbar unter: https://www.bundestag.de/blob/475734/072ba0cdc77b251530f989622f55c421/pe-6-097-16-pdf-data.pdf

Dias Simoes, Case Note Charanne and Construction Investments v. Spain: Legitimate Expectations and Investments in Renewable Energy, RECIEL 26 (2) 2017

Dias Simoes, When Green Incentives Go Pale: Investment Arbitration and Renewable Energy Policymaking, 45:2 Denver Journal of International Law and Policy (2017, 251

Dimitrov, Legitimate Expectations in the Absence of Specific Commitments According to the Findings in Blusun v. Italy: Is there Inconsistency Among the Tribunals in the Solar Energy Cases ?, Kluwer Arbitration Blog, 18. Aug. 2017, abrufbar unter: http://arbitrationblog.kluwerarbitration.com/2017/08/18/legitimate-expectations-absence-specific-commitments-according-findings-blusun-v-italy-inconsistency-among-tribunals-solar-energy-cases/

Dolzer, The International Lawyer 39 (2005), 87

Dolzer, Santa Clara Journal of International Law, 17.1.2014: Fair and Equitable Treatment: Today´s Contours, 17

Dolzer/Schreuer, Principles of International Law, Oxford University Press (2008)

Douglas, Nothing if not Critical for Investment Treaty Arbitration: Occidental, Eureko and Methanex, Arbitration International, Vol. 22 (2006), 27

Dralle, Der Fair and Equitable Treatment-Standard im Investionsschutzrecht am Beispiel des Schiedsspruchs Glamis Gold v. United States (2011)

Ernst, „Fair and equitable treatment“ im CETA – Innovation im Spannungsverhältnis zwischen Investor und Staat, KritV 2015, 406

Escher/Sliskovic, Aktuelle Entwicklungen des Investitionsschutzrechts, RIW 2016, 190

Feichtner, Investitionsschutz in TTIP in der Kritik – oder nicht?, Verfassungsblog, 5. 8. 2015, abrufbar unter: http://verfassungsblog.de/investitionsschutz-ttip-der-kritik-oder-nicht-2/

Fietta, International Thunderbird Gaming Corporation v. the United Mexican States: an indication of the limits of the “legitimate expectations” basis of claim under 1105 of NAFTA, TDM 2 (2006), abrufbar unter: https://www.transnational-dispute management.com/article.asp?key=709

Gramlich/Conen, Streitbeilegung bei Auslandsinvestitionen – „guter“ Rechtsschutz für (private) Investoren, SchiedsVZ 2015, 225

Handelskammer Hamburg, CETA- Protokoll über Ursprungsregeln und Ursprungsbestimmungen, abrufbar unter: https://www.hk24.de/produktmarken/beratung-service/international/export/wup/ceta-ursprung-regeln-bestimmungen/3632472

Henckels, protecting regulatory autonomy trough greater precision in Investment treaties: The TPP, CETA, and TTIP, JIntEconLaw (2016), 27

Hirsch, Between Fair and Equitable Treatment and Stabilization Clause: Stable Legal Environment and Regulatory Change in International Investment Law, Research Paper No. 07.13 (2013)

Patritzia/Profaizer/Timofeyev, Investment Disputes Involving the Renewable Energy Industry Under the Energy Charta Treaty, The Guide to Energy Arbitrations – Second Edition, Global Arbitration Review, abrufbar unter: http://globalarbitrationreview.com/chapter/1142579/investment-disputes-involving-the-renewable-energy-industry-under-the-energy-charter-treaty

Hodu, A Critique of the Legitimate Expectations Doctrine in Investment Treaty Arbitration, 16. Sep. 2013, EJIL: Talk! Blog of the European Journal of International Law, abrufbar unter: https://www.ejiltalk.org/a-critique-of-the-legitimate-expectations-doctrine-in-investment-treaty-arbitration/

Hölken, Legitime Regulierung durch den Staat im Konflikt mit dem Investorenschutz, KSzW 2/2011, 183

Johnsons/Volklov , Investor-State contracts, host-state „commitments“ and the myth of stability in international law, The American Review of International Arbitrations Vol. 24 N. 3 (2013), 362

Johnson/Volkov, State Liability for Regulatory Change: How International Investment Rules are Overriding Domestic Law (2014), Investment Treaty News, IISD, abrufbar unter: https://www.iisd.org/itn/2014/01/06/state-liability-for-regulatory-change-how-international-investment-rules-are-overriding-domestic-law/

Kiel Institute for the World Economy, Kiel Working Paper: Streitschlichtung im Rahmen Internationaler Investitionsabkommen: Viel Lärm um (fast) nichts?, No. 2053 Oktober 2016

Kläger, Fair and Equitable Treatment in International Investment Law (2013)

Kriebaum, Regulatory Takings: Balancing the Interests of the Investor and the State, The Journal of World Investment and Trade, Vol.8 (2007), 717

Kriebaum, FET and Expropriation in the (Invisible) EU Model BIT, The Journal of World Investment and Trade, Vol. 15, (2014), 454

Kriebaum/Schreuer, A Liber Amicorum: Thomas Wälde (2009), At What Time Must Legitimate Expectations Exists? 265

Krajewski, Anmerkung zum Gutachten von Dr. Stephan Schill zu den Auswirkungen der Bestimmungen zum Investitionsschutz und zu den Investor-Staat-Schiedsverfahren im Entwurf CETA auf den Handlungsspielraum des Gesetzsgebers vom 22.9.2014, abrufbar unter: https://www.gruenebundestag.de /fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/EU-USA_Freihandelsabkommen/Thesenpapier_Klageprivilegien_in_CETA.PDF

Krajewski, The Impact of International Investment Agreements on Energy Regulation in Herrmann/Terhechte (Hrsg.), European Yearbook of International Economic Law (2012), 343

Krajweski/Ceyssens, Internationaler Investitionsschutz und innerstaatliche Regulierung, AVR 2007, 180

Marshall, Fair and Equitable Treatment in International Investment Agreements, IISD Background Papers for the Developing Country Investment Negotiators` Forum (2007), abrufbar unter: https://www.iisd.org/pdf/2007/inv_fair_treatment.pdf

Maynard, Legitimate Expectations and the Interpretation of the "Legal Stability Obligation", European Investment Law and Arbitration Review Online, Vol. 1 (2016), 99.

Mclachlan/Shore/Weininger, International Investment Arbitration: Substantive Principles (2007)

Müller, Vertrauensschutz im Völkerrecht in Mosler/Bernhardt (ed.), Max-Planck-Institut für ausländisches Recht und Völkerrecht (1971)

Newcombe/Paradell, Law and Practice of Investment Treaties (2009)

Paparinskis, The International Minimum Standard and Fair and Equitable Treatment (2013)

Pereira de Souza Fleury, Eiser Infrastructure v. Spain: Could the tide be turning in favor of photovoltaic foreign investor in Spain?, Kluwer Arbitration Blog, 20.6.2017, abrufbar unter: http://arbitrationblog.kluwerarbitration.com/2017/06/20/eiser-infrastructure-v-spain-tide-turning-favor-photovoltaic-foreign-investors-spain/

Perkams, International Investitionsschutzabkommen im Spannungsfeld zwischen effektivem Investitionschutz und staatlichem Gemeinwohl (2011)

Potesta, Legitimate Expectations in Investment Treaty Law: Understanding the Roots and the Limits of a Controversial Concept, ICSID Review, Vol. 28, N. 1 (2013), 88

Picherack, The Expanding Scope of the Fair and Equitable Treatment Standard: Have Recent Tribunals Gone Too Far?, Journal of World Investment & Trade, Vol. 9 (2008), 255

R. Jennings, State Contracts in International Law, 37 Brit. Y. B. Int'l L. 156 (1961)

R. Jennings & A. Watts, Oppenheim's International Law (9th edn.) (1992), 927

Reinisch, Future Shape of EU Investment Agreements, ICSID Review, Vol. 28, N. 1 (2013), 179

Reinisch, The Interpretation of Investment Agreements in Bungenberg/Giebe/Hobe/Reinisch (Hrsg.), International Investment Law – A Handbook (2015)

Reuter, Retroactive Reduction of Support for Renewable Energy and Investment Treaty Protection from the Perspective of Shareholders and Lenders, OGEL 3 (2015)

Salacuse, the Law of Investment Treaties (2010)

Schernbeck, Der Fair and Equitable Treatment Standard in internationalen Investitionsschutzabkommen, (2012)

Schreuer, Fair and Equitable Treatment in Arbitral Practice, Journal of World Investment & Trade, Vol.6 (2005) 357

Schreuer in Reinisch (Hrsg.), Österreichisches Handbuch des Völkerrechts[5] (2013)

Schreuer, Investments, International Protection in R.Wolfrum (ed.), Max Planck Encyclopaedia of Public International Law (2013)

Schill, Fair and Equitable Treatment, a Rule of Law, and Comparative Public Law in Schill (Hrsg.), International Investment Law and Comparative Public Law (2010), 174

Schill, Auswirkungen der Bestimmungen zum Investitionsschutz und zu dem Investor-Staat-Schiedsverfahren im Entwurf des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA) auf den Handlungsspielraum des Gesetzgebers (Kurzgutachten) , abrufbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/C-D/ceta-gutachten-investitionsschutz.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Steuer- und WirtschaftsKartei, Heft 29, 10. Oktober 2017, 1241

Snodgrass, Protecting Investors` Legitimate Expectations - Recognizing and Delimiting a General Principle, 21 ICSID Review – FILJ 1 (2006)

Talus, Float Like a Butterfly, Sting Like a Bee: Judical Challenges to Renewable-Energy Support Schemes in Europe, Climate Law, Vol.6 (2016), 250

Tietje/Crow, The reform of investment protection rules in CETA, TTIP, and other recent EU-FTAs: Convincing? (2016), abrufbar unter: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2884380

Titi, The Right to Regulate in International Investment Law (2014)

Tudor, The Fair and Equitable Treatment Standard in the International Law of Foreign Invest (2008)

United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD*)*, World Investment Report 2012

United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD*)*, Fair and Equitable Treatment: A Sequel (United Nations, 2012)

Unuvar, is CETA the Promissed Breaktrough ? Interpretation and Evolution of Fair and Equitable Treatment and (Indirect) Expropriation Provisions (2017), iCourts Working Paper Series No. 97, abrufbar unter: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2986049%20

Vandevelde, A Unified Theory of Fair and Equitable Treatment (2010), New York University of International Law and Politics (JILP), Vol.43, No. 1, 43

Walter, Balancing Investors' and Host States' Rights – What Alternatives for Treaty-makers? in Bungenberg/Griebel/Hindelang (Hrsg.), Special Issue: International Investment Law and EU Law (2011)

Zielinski, "Legitimate Expectations" in the Vattenfall Case: At the Heart of the Debate over ISDS
Kluwer Arbitration Blog, 10.1.2017, abrufbar unter: http://arbitrationblog.kluwerarbitration.com/2017/01/10/legitimate-expectations-in-the-vattenfall-case-at-the-heart-of-the-debate-over-isds/

V. JUDIKATURVERZEICHNIS:

Metaclad Corporation v. The United Mexican States, ICSID Case No. ARB(AF)/97/1, Award (30. Aug. 2000)

Ronald S. Lauder v. Czech Republic, UNCITRAL Arb., Final Award (3.Sep. 2001)

S.D. Myers, Inc. v. Government of Canada, UNCITRAL, Partial Award (13. Dez. 2002)

Marvin Roy Feldman Karpa v. United Mexican States, ICSID Case No ARB(AF)/99/1, Award (16. Dez. 2002)

ADF Group Inc. v. United States of America, ICSID Case No. ARB (AF)/00/1, Award (9.Jän. 2003)

CME Czech Republic B.V. v. The Czech Republic, UNCITRAL, Final Award (14. März 2003)

Tecnicas Medioambientales TECMED S.A. v. United Mexican States, ICSID Case No. ARB(AF)/00/2, Award, (29. Mai 2003)

Loewen Group, Inc. and Raymond L. Loewen v. United States of America, ICSID Case No. ARB(AF)/98/3, Arbitration Award (26. Jun. 2003)

CMS Gas Transmission Company v. The Republic of Argentina, ICSID Case No. ARB/01/8, Decision on Jurisdiction, (17. Jul. 2003)

Waste Management, Inc. v. United Mexican States ("Number 2"), ICSID Case No. ARB(AF)/00/3, Award (30.Apr. 2004)

MTD Equity Sdn. Bhd. and MTD Chile S.A. v. Republic of Chile, ICSID Case No. ARB/ 01/7, Award, (25. Mai 2004)

Occidental Exploration and Production Co. v. Republic of Ecuador (Final Award, 1. Jul. 2004)

Gami Investments, Inc. v. The Government of the United Mexican States, UNCITRAL, Award (15. Nov. 2004)

CMS Gas Transmission Company v. The Republic of Argentina, ICSID Case No. ARB/01/8, Award, (12. Mai 2005)

Eureko B.V. v. Republic of Poland, Partial Award (19. Aug. 2005)

Methanex Corporation v. United States of America, UNCITRAL, Final Award on Jurisdiction and Merits (3.Aug. 2005)

International Thunderbird Gaming Corporation. v. The United Mexican States, Award (NAFTA Arb. Trib. 26.Jän. 2006)

EnCana Corporation v. Republic of Ecuador, Award, (3. Feb. 2006)

Saluka Investments. B.V. v. The Czech Republic, Partial Award (17.Mai 2006)

LG&E Energy Corp., LG&E Capital Corp., and LG&E International, Inc .v. Argentine Republic, ICSID Case No. ARB/02/1, Decision on Liability (3. Okt. 2006)

PSEG Global, Inc., The North American Coal Corporation, and Konya Ingin Electrik Üretim ve Ticaret Limited Sirketi v. Republic of Turkey, (19. Jän. 2007)

Enron Corporation and Ponderosa Assets v. The Argentine Republic, ICSID Case No. ARB/01/3, Award (15. Mai 2007)

Parkerings-Compagniet AS v. Republic of Lithuania., ICSID Case No. ARB/05/8, Award (11. Sep. 2007)

Sempra Energy International v. The Argentine Republic, ICSID Case No. ARB/02/16, Award (28. Sep. 2007)

Biwater Gauff (Tanzania), Ltd. v. United Republic of Tanzania, ICSID Case No. ARB/05/22, Award (18. Jul. 2008)

Duke Energy Electroquil Partners v. Republic of Ecuador, ICSID Case No. ARB/04/19, Award, (18. Aug. 2008)

Continental Casualty Company v. The Argentine Republic, ICSID Case No. ARB/03/9, Award (5. Sep. 2008)

National Grid plc v. The Argentine Republic, UNCITRAL, Award (3. Nov. 2008)

Glamis Gold, Ltd. v. The United States of America, NAFTA/UNCITRAL, Award (8. Jun. 2009)

Werner Schneider, acting in his capacity as insolvency administrator of Walter Bau Ag (In Liquidation) v. The Kingdom of Thailand, UNCITRAL (formerly *Walter Bau AG (in liquidation) v. The Kingdom of Thailand*), Award (1.Jul.2009)

EDF (Services) Limited v. Romania, ICSID Case No. ARB/05/13, Award (8.Okt. 2009)

AES Summit Generation Limited and AES-Tisza Erömü Kft v. The Republic of Hungary, ICSID Case No. ARB/07/22, Award (23. Sep. 2010)

Frontier Petroleum Services Ltd. v. The Czech Republic, Final Award (12. Nov. 2010)

Total S.A. v. The Argentine Republic, ICSID Case No. Arb/04/01, Decision on Liability (27. Dez. 2010)

Impregilo S.p.A. v. Argentine Republic, ICSID Case No. ARB/07/17, Award (21. Jun. 2011)

White Industries Australia Limited v. The Republic of India, UNCITRAL, Final Award (30. Nov. 2011)

El Paso Energy International Company v. The Argentine Republic, ICSID Case No. ARB/03/15 (31.Okt. 2011)

Toto Costruzioni Generali S.p.A. v. Republic of Lebanon, Award (12. Jun. 2012)

Suez, Sociedad General de Aguas de Barcelona, S.A.and Vivendi Universal, S.A. v. Argentine Republic, ICSID Case No. ARB/03/19, Award (9. Apr. 2015)

Electrabel S.A. v. Republic of Hungary, ICSID Case No. ARB/07/19, Award (25. Nov. 2015)

Charanne and Construction Investments v. Spain, SCC Case No. V 062/2012, Award, (21.Jän.2016)

Isolux Netherlands, BV v. Kingdom of Spain, SCC Case V2013/153, Final Award, (17. Jul. 2016),

Blusun S.A., Jean-Pierre Lecorcier and Michael Stein v. Italian Republic, ICSID Case No. ARB/14/3, Final Award, (27. Dez. 2016)

Eiser Infrastructure Limited and Energía Solar Luxembourg S.à r.l. v. Kingdom of Spain, ICSID Case No. ARB/13/36, Final Award, (4.Mai 2017)

VI. ANHÄNGIGE VERFAHREN:

Eskosol S.p.A. in liquidazione v. Italian Republic, ICSID Case No. ARB/15/50

Vattenfall AB and others v. Federal Republic of Germany, ICSID Case No. ARB/12/12

RWE Innogy GmbH and RWE Innogy Aersa S.A.U. v. Kingdom of Spain, ICSID Case No. ARB/14/34

Eurus Energy Holdings Corporation and Eurus Energy Europe B.V. v. Kingdom of Spain, ICSID Case No. ARB/16/4

Landesbank Baden-Württemberg, HSH Nordbank AG, Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale and Norddeutsche Landesbank-Girozentrale v. Kingdom of Spain, ICSID Case No. ARB/15/45

Watkins Holdings S.à r.l. and others v. Kingdom of Spain, ICSID Case No. ARB/15/44